

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierfach jährlich 150 DM. Einzelpreis die Heftzahl. Colonialzelle für Arbeitssachen 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 DM.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schick der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Tageszeitung "Echo vom Niederrhein", Duisburg.

Nummer 16.

Duisburg, den 21. April 1917.

18. Jahrgang.

Ein hochwichtiger kaiserlicher Erlass.

In dem Kriegerkampfe um die Abwehr und Niederringung der Welt von Feinden, die unsere Existenz bedroht, hat die Sorge um die Gestaltung des innerpolitischen Lebens im deutschen Vaterlande und insbesondere in Preußen unser Volk auf das lebhafteste beschäftigt. Die Strömungen gegen die von Regierungssseite während des Krieges wiederholt angedeutete Neuorientierung unserer innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Politik traten namentlich in jüngster Zeit immer schärfer hervor. Um so bedeutamer ist es, daß nunmehr durch einen Erlass des Kaisers diesem Meinungskreis unverrückbar Richtung und Ziel gestellt wird.

Der Erlass Seiner Majestät an den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums Dr. von Bethmann Hollweg, lautet:

Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt, wie in diesem Kriege. Das Bewußtsein, daß sich das Vaterland in bitterer Notwehr befand, übte eine wunderbare versöhnende Kraft aus. Trotz aller Opfer an Blut brauchen im Feld und schwerer Entferungen dahinter ist der Willen unerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das letzte einzusegen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verliehen uns andauernde Stärke. Jeder empfand, was in langen Jahren des Friedens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut worden war, was war doch der Verteidigung wert.

Deutlich stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor Meiner Seele. Die Erfolge dieses Ringens um den Bestand des Reiches legten mit erhabenem Ernst eine neue Zeit ein.

Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches und Ersten Minister Meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. Bei verschiedenen Anlässen haben Sie dargelegt, in welchem Geiste die Formen unseres staatlichen Lebens auszubauen sind, um für die freie freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen.

Die Grundsätze, die Sie dabei entwidmeten, haben, wie Sie wissen, Meine Billigung. Ich bin Mir bewußt, dabei in den Bahnen Meines Großvaters, des Begründers des Reiches, zu bleiben, der als König von Preußen mit der Militär-Organisation und als Deutscher Kaiser mit der Sozialreform monarchische Pflichten vorbildlich erfüllte und die Voraussetzung dafür schuf, daß das deutsche Volk in einem einzigen Konsortium diese blutige Zeit übersehen wird.

Die Wehrmacht als wahres Vollscheit zu erhalten, den sozialen Aufstieg des Volkes in allen seinen Schichten zu fördern, ist von Beginn Meiner Regierung an Meine Ziel gewesen, bestrebt, in fest gewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so, wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen. Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde. Noch muß der Austrag des Meinungskreises hinter der Front, der bei einer eingreifenden Verfassungsänderung unvermeidlich, im höchsten vaterländischen Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mittragen und mitmachen können.

Damit aber sofort beim glücklichen Ende des Krieges, das, wie ich zugehörig hoffe, nicht mehr fern ist, das Rötige und Zweckmäßige auch in dieser Beziehung geschehen kann, wünsche Ich, daß die Vorbereitungen unverzüglich abgeschlossen werden.

Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtages und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage am Herzen. Für die Neuerung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus sind auf Meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden.

Ich beauftrage Sie nunmehr, Mir bestimmte Vorlagen des Staatsministeriums vorzulegen, damit bei der Macht unserer Krieger diese für die engeren Belange Preußens grundlegenden Arbeiten schon

im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volles in diesem furchtbaren Kriege ist nach Meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorsehen haben.

Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verlernen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigerem Umfang als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.

Ich handle nach den Überlieferungen größerer Vorfahren, wenn Ich bei Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapfern, tüchtigen und hochentwickelten Volle das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient.

Ich beauftrage Sie, diesen Erlass alshald bekanntzugeben.

Großes Hauptquartier, 7. April 1917.

Wilhelm II. R.

Diese Osterbotschaft unseres Monarchen wird in den Herzen unserer Mitglieder freudigen Wiederhall wenden. Zur Reform des Preußischen Wahlrechts, mit ein Angelpunkt für den Ausbau des neuen Deutschlands spricht der Kaiserliche Erlass ein klares, unzweideutiges Wort: „Für das Klassenwahlrecht ist in Preußen kein Raum mehr,“ so sagt Klipp und klar das Kaiserwort. Die Verwirklichung dieses Programmsatzes ist gegeben, wenn unsere Forderung: *W*ilhelm eines, *g*leiches, *g*eheimes und *b*irecktes *W*ahlrecht zum preußischen Abgeordnetenhaus erfüllt wird.

Wir vertrauen unserm Landesvater ohne Nachhalt und münzen, daß der Zeitpunkt zur praktischen Durchführung dieser Osterbotschaft in allen Zeilen bald kommen möge.

Unsere Abrechnung vom Kriegsjahr 1916.

Die bei Veröffentlichung der Abrechnung für das Jahr 1915 gehabte Hoffnung, daß wir die Abrechnung für 1916 wieder im Friedenszustande veröffentlichen könnten, hat sich nicht erfüllt. Noch immer töbt der Weltkrieg mit gesteigerter Heftigkeit auf allen Fronten. Die Friedenshand, die unser Kaiser zu Weihnachten den Feinden anbot, um der Welt und den Soldaten, den Frieden zu bringen, wurde von den feindlichen Machthabern mit Hohn und Spott zurückgewiesen. Ein Echo der Raserei schaltete uns aus dem feindlichen Auslande entgegen, die einem Narrenhaus würdig gewesen wäre. Deutschland sollte vernichtet werden. Nicht mehr und nicht weniger ist das Ziel unserer Feinde. Seit der Veröffentlichung des letzten Kassenberichts hat sich die Zahl unserer Feinde noch um zwei weitere vermehrt. Hundert Rumänen, denn aber sein schamloser Verrat schon recht gründlich heimgezahlt worden ist, und neuerdings Amerika, dessen Präsident endlich die heuchlerische Friedensmaske fallen gelassen hat. Alle Anstrengungen der vereinzelt Feinde sind erfreulicher Weise bisher vergeßlich gewesen. Unsere Fronten stehen fest wie je mals zuvor. Während der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg an der Seite unserer Feinde uns tatsächlich vorübergehend in eine schwierige Situation brachte, ist wohl kaum eine Kriegserklärung so ohne Ausweg vom gesamten deutschen Volle aufgenommen worden, wie diejenige Amerikas. Unsere Feinde haben sich im vergangenen Jahr zu den ungeheuerlichsten Krafteleistungen aufgerafft, ohne indes ihr Ziel, die Niederwerfung und Vernichtung der Mittelmächte und vor Allem Deutschlands, erreichen zu können. Es sei nur erinnert an das übermenschliche Tunigen an der Somme, wo es aber trotz den auch bis dahin in diesem Kriege unerhörten Anstrengungen der Gegner nicht gelang, unsere mit unerreichtem Heldenmut verteidigten Fronten zu durchbrechen. Nach eingehender und sorgfältiger Vorbereitung, die manchem unter uns etwas zu lang schien, wurde nunmehr dazu übergegangen, unserem erbitterten Gegner England, mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg energetisch zu Leibe zu rücken. Die

gewaltigen Erfolge, die hierbei bisher erzielt wurden, lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß das englische Volk recht bald mit der Hungerkrise gejüngt wird, die es für das deutsche Volk gebunden hatte. Die neuerdings in Russland ausgebrochene Revolution, die dem russischen Volle hoffentlich die endliche Befreiung vom Despotismus gebracht hat, darf wohl noch nicht als abgeschlossen gelten. Es dürfte vielleicht heute mehr als je die Annahme berechtigt sein, daß die Entwicklung dort einen ganz anderen Weg geht, wie die eigentlichen Drahtzieher es sich gedacht haben. Ein endgültiges Urteil läßt sich darüber noch nicht fällen.

Die Bedrängnis, in die unser deutsches Vaterland durch den Ansturm der Feinde von allen Seiten geraten war, machte es notwendig, alle Kräfte des deutschen Volkes, soweit sie nicht bereits zum Waffen-dienst benutzt waren, zur Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes heranzuziehen. Diese Notwendigkeit führte gegen Ende des Berichtsjahres zur Schaffung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Dabei ließ es sich nicht vermischen, daß alte Rechte der Arbeiterschaft eingeengt oder fast aufgelöst wurden. Dagegen mußte ein Vergleich geschaffen werden. Es ist nun den energischen Bemühungen der bei dieser Gelegenheit mit bereiteten Kräften wirkenden Gewerkschaften aller Richtungen gelungen, die ursprünglich ganze 4 Paragraphen enthaltende Fassung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst so zu gestalten, daß wenigstens die schlimmsten Schädigungen von der Arbeiterschaft ferngehalten wurden. Wenn auch die Wirksamkeit des Gesetzes noch nicht endgültig feststellt werden kann, so läßt sich doch feststellen, daß die auf Betreiben der Gewerkschaften durch das Gesetz geschaffenen Einrichtungen im Großen und Ganzen segensreich wirken. Es wird von der Arbeiterschaft abhängen, ob sie durch entsprechende Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation den Willen kundgibt, daß auch in Zukunft auf dem betretenen Wege weitergearbeitet werden kann.

Die Lage in der Metallindustrie war im Berichtsjahr entsprechend den Kriegserfordernissen eine gute. Insbesondere männliche Arbeitsträger waren entsprechend der guten Beschäftigung der Metallindustrie stark gesucht. Der Mangel an Arbeitskräften hat ja die Lohnverhältnisse einiger Spezialberufe in der Metallindustrie günstig beeinflußt. Es mußte aber andererseits festgestellt werden, daß die Entwicklung der Lohnverhältnisse für einen großen Teil der Arbeiter mit der ganz außergewöhnlichen Zuerung aller Bedarfsgegenstände nicht gleichen Schritt hielte. Es bedurfte vielmehr der nachhaltigen Einwirkung der gewerkschaftlichen Organisation, um die Lohnverhältnisse der großen Masse der Metallarbeiter auch nur etwigermaßen mit der zunehmenden Zuerung in Einklang zu bringen. Auf diesem Gebiete hat mir auch im Berichtsjahr unser Verband eine außerordentlich rege Tätigkeit entfaltet. Unablässig ist er bemüht gewesen, die Interessen seiner Mitglieder auf allen Gebieten wahrzunehmen und schöne Erfolge sind dieser Tätigkeit auch im abgelaufenen Jahre beschrieben gewesen. Vielleicht würde ihr die Arbeiter noch mehr erreicht worden sein, wenn sie sich der Organisation in größerem Maße angeschlossen hätten. Die Werbearbeit war durch weitere Einziehung von Verbandsbeamten und Funktionären zum Heeresdienst sehr stark behindert. Sommerhin konnten im Jahre 1916 an Neuaunahmen und Übertritten über 12 000 verzeichnet werden gegen nur 4000 im Jahre 1915. Während die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1915 auf 16 000 zurückgegangen war, stieg sie trotz erheblicher weiterer Einziehungen zum Heeresdienst wieder auf über 20 000 am Jahresende 1916. Insgesamt sind von unserem Verband über 23 000 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen, von denen auch im Berichtsjahr wieder eine größere Anzahl ihre Liebe zum Vaterlande mit ihrem Herzblute bestreikt haben. Ihr Andenken wird im Christlichen Metallarbeiterverband dauernd in Ehren gehalten werden. Die Aufwärts-Entwicklung im Verbande hat auch im laufenden Jahre noch eine weitere Steigerung erfahren und wird hoffentlich noch weiter anhalten. Es muß Aufgabe unserer Kollegen an allen Orten sein, keine Mühe und Arbeit zu scheuen, um auch in der Folge diese günstige Weiterentwicklung im Verbande zu erzielen.

Die Kassenverhältnisse im Verbande sind durch die Kriegseinwirkungen weiter ungünstig beeinflußt worden. Doch steht zu hoffen, daß im kommenden Jahre sich auch hier die nämliche Entwicklung

bemerkbar macht. Ein Vergleich der Einnahmen mit denen des Jahres 1915 ergibt folgende Gegenüberstellung:

	1916	1915
Eintrittsgeld	7568 M.	1373 M.
Beiträge	405 156 M.	429 131 M.
Delegiertensteuer	3 616 M.	3 825 M.
Vollbeiträge	84 370 M.	82 461 M.
Sonstige Einnahmen	72 625 M.	77 893 M.

Die Einnahmen des Verbandes haben sich also gegenüber dem Jahre 1915 weiter etwas verringert.

Unterstützungen wurden bezahlt:

Kriegsunterstützung, Sterbegeld etc. 132 575 M. An jüngsten größeren Ausgaben waren zu verblühen: Abführung an die Lokalkassen 149 995 Mark, Bezirksleitungen 82 396 M., Verbandsorgan 54 825 M., Verwaltungsausgaben 32 403 M. Die übrigen Ausgaben entfallen auf kleinere Positionen.

Die gesamten Jahreserlöse und Ausgaben belanzieren mit 651 372,62 Mark gegen 899 122,76 Mark im Jahre 1915. Der Vermögensbestand beträgt am Jahresabschluß 1 858 061,66 Mark. Weder wohl noch eine kleine Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist, die aber im Hinblick auf die gewaltigen Aufgaben, die dem Verband unzweifelhaft in der Zukunft noch bevorstehen, durchaus nicht befriedigen kann.

Nötig ist vor allen Dingen eine Besserung der Lokalkassen-Einnahmen. Auch im abgelaufenen Jahre haben sich die Bestände in den Lokalkassen weiter verringert. Auch sind die Zuschüsse, welche die Hauptkasse für die Bezirksleitungen auswerten muß, im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen, viel zu hoch. Es bleibt daher nur der eine Ausweg, die Lokalkassenbeiträge um etwa 10 % pro Woche zu erhöhen. Die Möglichkeit liegt auch vor. Die Lohnverhältnisse sind für einen großen Teil der Arbeiter erheblich gestiegen, so daß eine Mehrleistung von 10 % ertragen werden kann. Wo dagegen die Lohnverhältnisse noch schlecht sind, mögen sich die Arbeiter anstrengen und bessere Löhne verlangen. Die Industrie ist in der Lage, entsprechend der Erhöhung höhere Löhne zahlen zu können. Auch für den Verband ist die Haftung des Geldes gefallen und er bedarf höhere Einnahmen, wenn das Gleichgewicht erlangt werden soll. Es kann auch nicht alles bis nach dem Kriege verschoben werden, weil niemand weiß, ob dann die Beziehungen glücklicher liegen als jetzt.

Wenn somit der Jahresabschluß unseres Verbandes für das zweite volle Kriegsjahr gerade nicht erfreulich genannt werden kann, so müssen es sich im laufenden Jahre alle Verbandsmitglieder erfüllt recht angelegen sein lassen, nun mit allen Kräften an der Stützung des Verbandes nach innen und nach außen zu arbeiten. Dann werden wir auch in Zukunft mehr denn je sein: eine sichere und erfolgreiche Stütze und Zuflucht für jeden christlich-nationalen Metallarbeiter in allen Stürmen, die uns noch bevorstehen.

Arbeiterfragen im Herrenhaus.

In der Sitzung des preußischen Herrenhauses am 30. März 1917 hat sich der Vorsitzende der sogenannten "Deutschen Vereinigung", Herr Graf und Marquis von und zu Hoensbroech eine lange Rede geleistet. In dieser Rede, die auch mit leines Gedankens Blöße von Sachkenntnis getrieben war, hat der hochgeborene Herr Graf sich bereitwillig gelehnt, das sinkende Schifflein der wirtschaftsfriedlichen Verbvereine vor drohendem Untergange zu retten und gleichzeitig gegen die selbständigen Gewerkschaften gewaltig vom Leder zu ziehen. Insbesondere haben es die bösen christlichen Gewerkschaften dem hochgeborenen Herrn Grafen angetan. Schon die Person des Redners und sein kleiner Anhang in Frage kommt, würden diese Angreife die christlich-organisierten Arbeiter vollständig fortlosen. Um aber einer Legendenbildung in der Deppenigkeit vorzubringen, müssen einige Behauptungen des Herrn Grafen zurückgewiesen werden. Nach einem Bericht der Kölnischen Zeitung Nr. 316, 1917, hat er gesagt, es wäre nicht oft genug betont werden, daß die christlichen Gewerkschaften im Gegenzug stehen zu der Lehre des Selbstvertreters Christi auf Erden. Damit hat sich Graf von und zu Hoensbroech über den Papst und über das kirchliche Lehramt der katholischen Kirche gestellt, denn von dieser Seite liegt keinerlei Einspruch vor, die die Behauptung des Herrn Grafen hätten könnte. Ferner hat Graf Hoensbroech als Gegenstück zu der von ihm zugebrachten Tatsache, daß die Wirtschaftsfriedlichen von den Unternehmern unterstützt würden, behauptet, auch die christlichen Gewerkschaften hätten Unterstützung von Unternehmern angenommen. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Zur Spurzette von Wehrheit und Flucht forderte mit den Herrn Grafen von und zu Hoensbroech auf, den Beweis dafür zu erbringen. Zur andern sollte auch er sich den öffentlichen Vorwurf gefallen lassen, daß er entweder feindselig oder besitzt eine unwahre Behauptung ausgestellt habe.

Zu der freien Gewerkschaft wird es unbedingt sein, welche Beweise zu den Grauen Hoensbroech dazu treiben, die Wirtschaftsfriedlichen in dieser Weise zu beglücken und die christlichen Gewerkschaften zu belästigen. Graf Hoensbroech ist bestrebt, der

Deutschen Vereinigung, einer überlebten Organisation, von deren einst hochgesteckten Zielen nur noch die enge Verquidung mit den wirtschaftsfriedlichen Verbvereinen übrig geblieben ist. In nächster eingezeichneten Kreisen ist es nicht unbekannt, daß die finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung der Deutschen Vereinigung zum Teil aus großindustriellen Quellen herrühren. Damit sind die Verbindungsäden zwischen der Deutschen Vereinigung und den wirtschaftsfriedlichen Vereinen zur Genüge aufgedeckt. Im übrigen mag sich Herr Graf von und zu Hoensbroech gesagt sein lassen, daß er für eine sehr schlechte und verlorene Sache kämpft. Die Gewerkschaften werden ihren Weg machen, trotz Großindustrie, Deutscher Vereinigung und wie die Kreise helfen mögen, die sich dazu vereinigt haben, den Aufschwung der deutschen Arbeiterschaft zu unterbinden.

Der Herr Graf von und zu Hoensbroech griff in seiner Herrenhausrede auch die Regierung recht umfangt an und machte ihr unter anderem den Vorwurf, daß sie die „Kampfgewerkschaften“ bevorzuge und die „Wirtschaftsfriedlichen“ an die Wand gedrängt habe. Insbesondere sollte auch der Präsident des Kriegsernährungsamtes, Herr von Batoeck, sich vor der Macht der „Kampfgewerkschaften“ verbogen haben. Darauf hat nun Herr von Batoeck dem Herrn Grafen von und zu Hoensbroech nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgendes geantwortet:

"Eure Erzellen haben sich nach Zeitungsberichten im Herrenhause u. a. in folgendem Sinne geäußert, die Streikvereine hätten erklärt, ihre Mitwirkung im Kriegsernährungsamt zu vermeiden, wenn auch nur ein Vertreter der Wirtschaftsfriedlichen zugezogen werden sollte. Batoeck habe sich vor diesem Monument verbargt. Die Wirtschaftsfriedlichen blieben draußen. Diese Ungenau beruhe, wenn sie zutreffend wiedergegeben worden sind, auf einem Irrtum. Ich habe wiederholt, noch in den letzten Tagen, mit Vertretern der wirtschaftsfriedlichen Verbände, ebenso wie mit denen der anderen Arbeitersorganisationen, persönlich eingehend über die Endfragenfragen verhandelt. Ich habe allerdings in der Regel davon abgesehen, die Vertreter beider Gruppen gemeinsam zu empfangen, weil ich mir bei deren Beziehungen untereinander von derartigen gemeinsamen Verhandlungen einen praktischen Erfolg nicht versprechen kann. Eine Zusammenfassung einer der beiden Gruppen kann in diesem Berichte nicht erbracht werden."

Wie wir aber auch noch in der Sitzung Nr. (15) unseres Verbandsorgans an dem Ausfall einer ganzen Reihe von Arbeiterausschüssen in eingehend nachgewiesen haben, kann von einer Zusammenfassung der „Wirtschaftsfriedlichen“ überhaupt nicht die Rede sein. Wer nichts hinter sich hat, kann doch nichts vertreten. Wenn im Zusammenhang mit den „Wirtschaftsfriedlichen“ häufig von der Vertretung der unorganisierten Arbeiter gesprochen wird, natürlich von Renten, die den wirtschaftlichen Arbeiterschaften so fernstehen wie z. B. der Herr Graf Hoensbroech. So haben gerade die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen klipp und klar den Beweis dafür erbracht, daß auch die unorganisierten nur die Gewerkschaften als ihre Vertreter anerkennen. Sedenfalls wollen aber die Unorganisierten von den „Wirtschaftsfriedlichen“ absolu nicht wissen. Sinternal ist die eigenen Mitglieder der „Wirtschaftsfriedlichen“ diese zum Teil nicht einmal als ihre Vertretung anerkannt, wie dies ja durch den Ausfall der Arbeiterausschüsse z. B. bei Krupp in Essen und Rheinhausen und besonders auf den Westfälischen Gußstahl- und Eisenwerken ganz unzweifelhaft festgestellt wurde. Das Stadium der Ergebnisse der Arbeiterausschüsse kann nun dem Herrn Grafen Hoensbroech nur angelegerisch empfohlen werden. Es geht daraus mit aller unchristlichen Klarheit hervor, daß einem kleinen Teile der Arbeiterschaft wohl einmal vorübergehend mit „Wirtschaftsfriedlichem“ Geschwätz der Kopf verkleistert werden konnte. Nunmehr hat aber die Arbeiterschaft, vielleicht mit Ausnahme eines verschwindend kleinen Ausmaßes, klug eingesehen, daß ihr Heil und ihre Zukunft nur bei den unabhängigen Gewerkschaften liegt und deshalb stolzen sich insbesondere die christlich-national gesetzten Arbeiter vor den für sie in Frage kommenden christlichen Gewerkschaften zu. In dieser Tatfrage werden auch die Herrenreden des Grafen Hoensbroech nichts ändern.

Kriegsbeschädigte.

In einigen Orten sind Vereinigungen von Kriegsbeschädigten gegründet worden. Diese sollten in den Tropfungen auf einem nach Essen herbeieilen Kongress zu einem Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich zusammengezogen werden. Soeben des Verbandes soll sein:

„Unter Anschuß aller politischen und konfessionellen Gruppen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädigten;“

„Feste Hilfe des Kriegsbeschädigtenverbands an der bestehenden amtlichen Fürsorge durch die Beratungsstellen der Kriegsbeschädigten und einer besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbeschädigten innerlich in der Beratungsberatung;“

in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Faktoren Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktisch arbeitenden.“

Ist eine solche Organisation der Kriegsbeschädigten zweckmäßig und notwendig?

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist einheitlich im Reiche organisiert, wenn auch die reichsgerichtliche Regelung noch nicht erfolgt ist, die von der Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 23. August 1916 in Köln a. Rh. gefordert wurde. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind alle wirtschaftlichen, Fürsorge- und Wohlfahrtsorganisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten und tätig. Es ist richtig, daß diese Fürsorgeorganisation nicht in allen ihren Teilen sich als so wirksam erweist, wie es sein könnte und sein möchte. Das liegt jedoch weniger an der Organisation der Fürsorge, als daran, daß an manchen oft recht einflußreichen Stellen sich ein Bürokratismus geltend macht, der weder der großen gemeinsamen Sache noch der gegenwärtigen Zeit entspricht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann, wenn die darauf gerichteten Bemühungen vergleichbar bleiben sollen, wäre eine andere der Sache selbst und den Interessen der Kriegsbeschädigten besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbeschädigten selbst. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisationen sein, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbeschädigte vom Kampfplatz abgetreten sind und den Kampf ums Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschweren Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner vollleistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsfreude wieder gewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer wurde bisher schon der Weg zu praktischer Fürsorge für die in Arbeiterverhältnis zurückkehrenden Kriegsbeschädigten beschritten.

War darüber die Kriegsbeschädigten nicht die Objekt der Fürsorge sein, sie müssen selbsttätigen Einsatz an ihr haben. Dazu bedarf es keiner besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten. Eine solche Vereinigung der dauernd Beteiligten würde nur niederschlagen auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie ist weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese finden ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen haben, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies unter anderem deren Arbeitssektoratate und sonstigen Rechtschutzstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf.

Mit dieser Hilfe, die dem einzelnen Kriegsbeschädigten in seinem Rechtsstreit kostenlos gewährt wird, hat es nicht sein Bedenken. Vielmehr haben die unterzeichneten Centralestellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gemeinsam Einrichtungen gekroft, die auf den Gebieten der Berufsbildung, Berufsbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen usw. den besonderen Aufgaben des Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Damit dürfte alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten erreichen könnte.

Bei der Propaganda für die Gründung eines solchen Organisations wird auch darauf hingewiesen, daß der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge dafür Sympathie zeige. Das ist durchaus unzutreffend. Weder der Reichsausschuß noch eine andere in Betracht kommende amtliche Stelle, steht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade uns, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationseinrichtungen auch dienen können, erscheint aus den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

Berlin, den 9. April 1917.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Legien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

M. Stegerwald.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.D.).
Gust. Hartmann.

Polnische Berufsvereinigung.

J. Schmer.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht.
S. Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände.
Dr. Höfle.

Christlicher Metallarbeiter-Verband Deutschlands.

Abrechnung für das Jahr 1916.

Einnahmen 1916.

Ausgaben 1916.

Sor. Nr.	Ortsverzeichnis	Einnahmen am Ort Jewl. Tafel Vermögensaufstellung										Ausgaben am Ort Vermögensaufstellung										Gesamtbetrag	
		4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23		
1	Baden	426118	9370	116583	30	1773	25	11950	208443	2450	—	20591	86	5120	—	—	—	—	—	—	—	—	610732
2	Siegen	11076	57	83470	20	11220	790	37	—	—	—	119826	170	—	6539183	13	1105	1423539	869341	231312	1	2	
3	Wittenberg	29068	550	84370	20	149870	13270	171025	17	6	—	119383	110	—	1393936	36	25	86332	21163	21163	3		
4	Amberg	43122	55	10710	970	141460	10710	7450	17	6	—	1354259	3870	—	11035	63	20	417693	510778	31247	4		
5	“Duis”	2472	—	—	—	—	—	—	2306	—	—	105152	150	—	11035	63	15	3219153	832021	774095	55139		
6	Augsburg	28424	1690	1779	—	63175	23	10	508	34	—	327639	500	—	11722	50	20	42727	2472	2306	7		
7	Darmen	80268	1440	3780	90	45180	3	926	61253	6	—	595184	1260	—	105152	36	105	175545	190235	11913	2		
8	Bautzen	13406	279	46350	2355	5190	3626	910	—	—	27501	30	—	139332	32	20	42366	43260	17321	9			
9	Baringen	6284	—	6280	1470	1690	16	1624	16	6	—	15374	30	—	11939	14	20	4020	4220	61224	10		
10	Berlin	202162	1550	9934	30	30695	49	90	85264	22	—	723791	660	—	13119	19	20	4030	4200	61224	11		
11	Strelitz	6748	1070	2723	30	16830	30	30	61522	22	—	357042	610	—	102908	18	18	4220	445750	37139	12		
12	Wolfsburg	67940	6190	2314	—	52945	22	29	48140	22	—	53282	63	—	104957	57	20	235159	145750	37139	13		
13	Wismut	22171	59	39410	21	2173	59	5365	22	6	—	459395	200	—	13119	19	20	414170	283269	61156	14		
14	Bremen	14425	—	15190	29	36	130	1625	22	6	—	251793	190	—	124157	73	20	141702	242009	13961	23		
15	Brandenburg	63887	6900	107290	140	180	18	180	40396	22	—	735527	780	—	102018	18	18	426383	403683	11056	24		
16	Stettin	28793	80	15190	29	36	130	1625	22	6	—	44935	125	—	102018	18	18	426383	403683	11056	25		
17	Wismar	26492	80	88220	870	450	548	11522	22	6	—	348117	200	—	102018	18	18	426383	403683	11056	26		
18	Wismar	1146	20	11130	360	120	120	120	21	1	—	225158	105	—	102018	18	18	426383	403683	11056	27		
19	Wismar	29468	520	38480	13450	440	73	73	37	1660	—	4046173	60	—	102018	18	18	426383	403683	11056	28		
20	Wismar	229240	186	22739	30	170015	21519	45442	42	75	—	3210442	6269	—	102018	18	18	426383	403683	11056	29		
21	Wismar	11332	—	1357	70	7665	419	61670	1040	350	—	290757	310	—	102018	18	18	426383	403683	11056	30		
22	Wismar	140535	73	42140	62145	42	42	71414	51	—	735527	780	—	102018	18	18	426383	403683	11056	31			
23	Wismar	12212	—	301	1719	36	329	57630	4176	100	—	348117	200	—	102018	18	18	426383	403683	11056	32		
24	Wismar	135366	1180	93390	11055	536	536	536	536	1000	—	1532914	810	—	102018	18	18	426383	403683	11056	33		
25	Wismar	135394	27196	342840	13280	5540	162380	5540	5540	1000	—	225158	105	—	102018	18	18	426383	403683	11056	34		
26	Wismar	1163	—	19390	—	—	190	2770	—	—	—	4046173	60	—	102018	18	18	426383	403683	11056	35		
27	Dresden	1431	50	10570	—	—	—	—	—	—	—	128120	60	—	102018	18	18	426383	403683	11056	36		
28	Dresden	60750	92680	27520	30	401110	60	33640	698293	761	—	4046173	60	—	102018	18	18	426383	403683	11056	37		
29	Dresden	21029	—	82860	70	85	699	12145	76	92	—	132601	290	—	102018	18	18	426383	403683	11056	38		
30	Dresden	47032	—	41749	1	—	370	4860	5	—	90323	40	—	102018	18	18	426383	403683	11056	39			
31	Dresden	160910	233	249600	178840	28599	9178	1120	2500	—	735527	780	—	102018	18	18	426383	403683	11056	40			
32	Dresden	17785	—	15780	1750	219	219	219	219	219	—	225158	105	—	102018	18	18	426383	403683	11056	41		
33	Dresden	81727	2	52929	2	2	19	19	19	19	19	103559	70	—	102018	18	18	426383	403683	11056	42		
34	Dresden	21739	10	15150	16	16	16	16	16	16	16	103559	70	—	102018	18	18	426383	403683	11056	43		
35	Dresden	17703	—	15150	16	16	16	16	16	16	16	103559	70	—	102018	18	18	426383	403683	11056	44		
36	Dresden	130655	270	25519	16	16	16	16	16	16	16	103559	70	—	102018	18	18	426383	403683	11056	45		
37</																							

Abrechnung der Hauptkasse für das Jahr 1916.

Einnahmen	
Rassenbestand einschl. Postcheck-Konto	2 417,67
Von den Verwaltungsstellen eingezahlt	317 546,07
Von den Bankanlagen entnommen	62 827,26
Binden für angelegte Gelder	62 156,24
Darlehnstilzung	792,61
Beiträge von Einzelmitgliedern	100,55
Von Postbegleitern des Verbandsorgans und für Anzeigen	3 349,76
Sonstige Einnahmen	1 429,25
	450 619,43

Ausgaben.	
für Beiträgseleitung	73 226,69
Agitation	3 668,—
Beiratssitzungen und Ausschus-	5 041,90
sitzungen	
Beitrag an den Gesamtverband	4 495,10
Verfügungsbeiträge	11 808,41
Beiträge an andere Organisationen	205,—
Notfall-Unterstützung	1 957,50
Kriegs-Mitstanderunterstützung	48 479,15
Unterstützung bei Sterbefällen	195,—
Rechtschutz und Rechtsstellen	809,35
Bücher und Schriften	4 249,23
Zuschüsse an die Verwaltungsstellen	55 310,—
Bankanlagen	151 426,89 260 972,22
Kosten für "Der Deutsche Metallarbeiter":	
für Sach., Druck und Papier	41 235,95
Berichtigung und Porto	8 527,25
Redaktion und Mitarbeit	4 019,58
Zeitung und Zeitschriften	275,72
politisches Organ und Zeitung	
für weibl. Mitglieder	767,03 54 825,53
	Uebertrag 415 797,75

Verwaltungskosten:		Uebertrag 415 797,75
für Gehalter und Löhne an der		
Hauptgeschäftsstelle	18 986,33	
Vorstandssitzungen und Kassen-		
revisionen	1 432,37	
Drucksachen und Verwaltungsmate-		
rial	5 722,80	
Büromiete, Licht, Heizung und Stei-		
nigung	3 275,48	
Schreib- und Packmaterial	406,05	
Fernpreisgebühren	867,62	
Posto und Besuchskarte	1 687,22	
Sonstige Ausgaben	495,22	32 403,09
Rassenbestand einschl. Postcheck-Konto		2 416,59
		450 619,43

Rechnungs-Abschluß für das Jahr 1916.

Einnahmen.	
Rassenbestand am 1. Januar 1916	74 805,48
Eintrittsgeld à 50, 30 und 10 Pf.	4 568,50
Beiträge für männl. Vollmitglieder	360 455,75
weibl. und jugendl. Mitglieder	44 701,15
Delegiertensteuer	3 616,70
Erträge für die Lokalkassen	84 370,72
Binden für angelegte Gelder	62 156,24
Darlehnstilzung	792,61
Sonstige Einnahmen	9 877,03
Vorschüsse von den Verwaltungsstellen	6 428,44
	651 372,62

Ausgaben.	
für Bezirksleitung und Agitation	82 396,16
Beiratssitzungen und Ausschusssitzungen	5 041,90
Beitrag an den Gesamtverband	4 495,10
Rechtschutzbeiträge	11 808,41
Beiträge an andere Organisationen	205,—
Reise-Unterstützung	155,—
Unterstützung bei Wahlregelung u. Wahlbeweg.	81,55
Umzug-Unterstützung	1 825,—
Kriegs-Mitstanderunterstützung	115 704,28
Notfall-Unterstützung	6 507,22
Unterstützung bei Sterbefällen	16 807,—
Rechtschutz und Rechtsstellen	1 661,41
Bücher und Schriften	4 245,23
Beurkundete Briefe und Kästen	5 743,23
Ausgaben der Lokalkassen	140 996,07
Kosten des Verbandsorgans	54 425,59
Verwaltungskosten	32 403,09
Konto-Korrent-Konto	83 499,63
Rassenbestand der Hauptkasse	2 418,59
Rassenbestand in den Verwaltungsstellen	66 326,22
	601 372,62

Gemeinschaftsmeis.
Rassenbestand einschl. Postcheck-Konto 2 418,59
Darlehns- und Hypotheken-Konto 57 717,39
Bankanlagen und Wertpapiere 1 251 599,46
Bestand in den Verwaltungsstellen 66 326,22

Duisburg, den 30. März 1917.

F. Wicker,
Verbandsvorsitzender.

E. Hesseb.,
Hauptrichter.

Revidiert und richtig befunden:
Chr. Fießt. G. Fießt. G. Fießt.

G. Fießfjet.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. April der 17. Woherbeitrag für die Zeit vom 22.—28. April fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Weingarten. Der Arbeiterschutzbund der Firma Maschinenfabrik Weingarten hatte auf Samstag nach Arbeitschluß die Arbeiter zu einer Betriebsversammlung eingeladen. Beide Säle im Rathaus zum "Freut" waren dicht gefüllt, sodass viele sich mit Stühlen begnügen mussten. Auf der Tagesordnung stand zur Behandlung das Thema: „Lebensmittelversorgung und Lebensmittelverteilung“. Nach einem eingehenden Bericht von Kollege Spindler kam in der Diskussion allgemein zum Ausdruck, dass die Lebensmittelverteilung in Weingarten, namentlich gegenüber der Schwarzwälder Arbeiterchaft, nicht befriedigen würde. Die Haltung einzelner Geschäftsführer gegenüber den Arbeitern bezüglich Verbreitung von Lebensmitteln sei sehr gerecht. Sicherlich spiele der Rassismus eine Rolle, indem der Rechte vor dem Arbeiter berücksichtigt werde. Verschiedene Fälle wurden angeführt, in denen kein Bedarf von Butter, Fett, Schmalz, Mehl usw. Arbeiter ausdrücklich wurde. Ein Vorstellungsbericht des Arbeiterschutzbundes beim Stadtvorstand in Weingarten führte leider zu keinem greifbaren Erfolg. Die Versammlung beschloss deshalb den Arbeiterschutzbund bei dem Bezirkssabgeordneten vorstellig zu werden, die berechtigten Büros einzutragen und sie an die zuständige Stelle weiterzuleiten, um eine Besserung zu erzielen. Wir hoffen und wünschen, dass dieses Vorgehen von dem nötigen Erfolg begleitet sein möge zum Wohle der Arbeiterschaft und nicht zuletzt der Gesellschaft. Wenn am Ende in die Erörterungsergebnisse nicht bloß eine Rogen, sondern eine Rationalfrage.

Siegburg-Schlebusch. In den chemischen Betrieben des unteren Kreises Solingen sind circa 15 000 Arbeiter und Arbeitnehmer beschäftigt. Hauptächlich kommen drei Betriebe in Frage. Alle drei gehören zu den kapitalistischsten Unternehmen, die in der Kriegszeit hohe Gewinne abwerben. Beider stehen die Löhne in dieser Betrieben in keinem Verhältnis zu den gepeinigten Lebensmittelpreisen und jüngsten Bedarfssituaten. Z. B. werden die gelernten Metallarbeiter im Betrieb zu den befreiften Betrieben viel zu niedrig entlohnt. Ein Beispiel: 100 Pf. für Schlosser und keine Gehaltssteigerung. Die Fabrikarbeiter erhalten ebenfalls durchweg geringe Stundenlöhne. Dagegen besteht in allen drei Betrieben das sog. Prämiumsystem. Die Prämien werden nach Stufe gewährt. Der eine erhält viel, der andere wenig, je nachdem der betreffende Arbeiter bei seinen Dienstgegenen gut oder schlecht angesehen wird. Bei der Firma Baher u. Co. sind Betriebszulagen, in denen die dort beschäftigten Arbeiter überhaupt nicht wissen, was sie verdienen. Die Firma zahlt eben zwei Gehalte, ohne sie im Serting zu die Berechtigungen der Arbeiter zu minimieren.

Dafür hat aber die Firma Baher bei Seite und Zug möglich darüber gewusst, dass sie ihre Arbeiter nur ja nicht organisieren. Der Zug vor dem Krieg bei der Firma Baher u. Co. organisierte, Zug wiederum auf die Siegburg. Seit ein Arbeiter auf der Straße mit einem Gewerkschaftsbund sprach, wurde er kurzerhand entlassen. Eine ähnliche Praxis herrschte auch in den übrigen Betrieben. Daher werden die Arbeiter mit Gewalt von der Organisation ferngehalten. Rahmen des Krieges ist dieses anders geworden. Bekanntlich hat die Rassarbeiter und dem Staatspatent, bei der Arbeit vor einem Organisationsteil Gewandt worden. Die Gewerkschaften haben daher gejagt, dass die Regelungen nicht

mehr stattfinden. Dadurch haben die Arbeiter in den chemischen Betrieben des unteren Kreises Solingen größere Bewegungsfreiheit bekommen. Der Weg zur Organisation steht offen. Da den Arbeitern liegt es, den richtigen Gebrauch davon zu machen.

Schon Ende vorigen Jahres haben sich die Arbeiter der mechanischen Abteilung auf der Carbonit A.-G. organisiert. Die Löhne standen dort miserabel. Daher reichten die Verbände gemeinsame Forderungen der Arbeiter ein. Als die Direktion sah, dass die Arbeiter zum großen Teil organisiert waren, kamen Verhandlungen stattfinden. Die Firma bewilligte eine zwanzigprozentige Lohn erhöhung nebst Fahrbergung und sonstige Verbesserungen. Hier hatten also die organisierten Arbeiter einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Vor einigen Wochen reichten die gelernten Verbände der übrigen Abteilungen gleichfalls Lohnforderungen ein. Diese Arbeiter hatten sich mittlerweile ebenfalls der Organisation angeschlossen. Nach siebenmaliger Verhandlung mit einer Arbeiterkommission bewilligte die Firma eine Lohn erhöhung von 26 Prozent. Fast zu gleicher Zeit wurden auch unorganisierte Arbeiter wegen Lohnforderungen vorstellig. Dieselben mitsamt Leer ausgehen. Diese Vorgänge haben momentan den Fabrikarbeitern die Augen geöffnet. Sie haben eingesehen, dass man durch eugen Anschlag an die Organisation es möglich ist, die Löhne den Leistungsbetrifft anpassen.

Die Arbeiter auf der Dynamitfabrik sowohl wie bei der Firma Baher u. Co. regen sich ebenso. Die Furcht vor Verregelungen schwindet immer mehr. Sie ist auch durchaus unbegründet. Heißt es doch im Paragraph 14 des kaiserlichen Hilfsdienstgesetzes: „Den im betrieblichen Hilfsdienst beschäftigten Personen darf das ihnen gesetzlich zustehende Vereins- und Versammlungsrecht nicht behindert werden.“ Von diesem Recht machen die Arbeiter jetzt Gebrauch in ihrem eigenen Interesse. Am 4. März forderten die Arbeiter der Firma Baher u. Co. in einer gut besuchten Versammlung die Ausschreibung der Fabrik auswahl. Gleich am anderen Morgen rief die Firma die Wähler auf. Gleichzeitig stellte die Firma eine Standortwahl auf und störte die Verbindung mit den gelben Betriebsvereinen. Die organisierte Arbeiterschaft des Betriebes reichte ebenfalls eine Standortantritt ein. Die Firma gab sich alle erdenkliche Mühe, ihrer Liste zum Tage zu bereitstellen. Am 26. März wurde gewählt. Von 15 Wählern erhielten die organisierten Arbeiter 13 Wählertreter. Die Firma musste sich mit zwei Betretern begnügen. Dabei sind die Stimmenzahlen, wie sie auf die einzelnen Listen entfallen sind, überblick nicht veröffentlicht worden. Bis man hört, dass die Firma circa 400 Stimmen auf ihre Liste verleiht, während die Liste der Gewerkschaften 4000—5000 Stimmen erzielt. Mit diesem Resultat können wir voll und ganz zufrieden sein. Auf der Dynamitfabrik müssen die Wähler ebenfalls in den nächsten Wochen warten. Die Verbände haben bereits eine gemeinsame Liste aufgestellt. Auch hier werden die Wähler genau so wählen, wie bei der Firma Baher u. Co.

Die Carbonit A.-G. weigert sich, die Ansichtsbücher einzusehen. Die Betriebsleitung will den Gewerkschaftsausschuss als Staatsfeindschaft haben. Die organisierten Arbeiter haben bereits Beschwerde beim Schiedsgerichtsausschuss in Solingen eingereicht. Hoffentlich wird die Firma verurteilt, die Wahlen halbjährig anzugeben. Nunmehr müssen die Arbeiter in den chemischen Betrieben nach beweisen, dass sie geschlossen hierfür den Arbeiterschutzbund ziehen. Die Angabe eines Gewerkschafts für die Liste der Gewerkschaften genügt nicht. Sollen die Arbeiterschutzbund die Interessen der Arbeiter nach jeder Richtung zu wahrnehmen, dann müssen die Arbeiter der chemischen Betrieben des unteren Kreises Solingen rechtslos organisiert sein. Alle chemischen Betriebe sind ja nach wie vor die Gewerkschaften dieser Betriebe gehörig in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschland. Der christliche Metallarbeiterverband betrifft die Interessen der

Metall- und chemischen Arbeiter mit Nachdruck. Außerdem haben unsere Verbandskollegen einen Vertreter im Schiedsgerichtsausschuss in Solingen, der bei vorkommenden Disputen ihre Sache nach jeder Richtung hin vertreibt. Besonders haben die reklamierten Arbeiter alle Veranlassung, dem Verband beizutreten, damit die reklamierten Arbeiter nicht zu schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten brauchen, als die übrigen Kollegen. Aufgabe unserer Kollegen ist es nunmehr, dafür zu sorgen, dass der letzte Arbeiter sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Die Wahn ist frei. Einer jeder Kollege seine Pflicht.

Versammlungs-Kalender

Sonntag, den 22. April 1917:

Duisburg-Hofgärt. Worm. 11 Uhr bei Wulffmann etw. Bertrauenmännerfestigung, zu der auch Mitglieder, die nicht Bertrauenmann sind, Bittstift haben.

Brachhausen. Nachm. 3 Uhr bei Hafemann, Schulstr.

Dinslaken. Nachm. 8,30 Uhr bei Hasfeld.

Gesekekirchen. Die Generalversammlung muss um einen Sonntag verschoben werden und findet am 29. April, Worm. 11 Uhr bei Dittes statt.

Sonntag, den 29. April 1917:

Wing. Abends 6 Uhr bei Dittes mit Frauen.

Duisburg-Lüttring. Abends 6 Uhr bei Jansen.

Gesekekirchen. Worm. 11 Uhr Generalversammlung bei Dittes, Betriebsrat.

Sterbetafel.

Gerrit Schöbel, Schwelm	Friedr. Kleinrichthof, Hamm